

29.09.23

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zur Achten Verordnung zur Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat mit Schreiben vom 27. September 2023 Folgendes mitgeteilt:

Zu der Entschließung des Bundesrates zur Achten Verordnung zur Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung (Drucksache 282/23 (Beschluss)) vom 7. Juli 2023 nimmt die Bundesregierung wie folgt Stellung:

Es bestehen keine bauplanungsrechtlichen Vorschriften, die es verbten, bei einem Umbau von Tierhaltungsanlagen über die geltenden tierschutzrechtlichen Vorschriften zugunsten der Tiere hinauszugehen.

Allerdings gibt es eine Teilmenge von bestehenden Tierhaltungsanlagen im Außenbereich, die kraft Bestandsschutzes in der bestehenden Form weiterbetrieben werden dürfen, aber keine Änderungsgenehmigung erhalten können. Es handelt sich dabei um Anlagen, die im Rahmen der Änderung des Bauplanungsrechts 2013 ihre Privilegierung im Außenbereich verloren haben.

Durch die vom Bundestag beschlossene Änderung des BauGB (§ 245a Absatz 6), die am 1. Oktober 2023 in Kraft tritt, können die Betreiber dieser Tierhaltungsanlagen dennoch eine Umbaugenehmigung für ihre Anlagen erhalten. Allerdings nur dann, wenn die bauliche Änderung der Umstellung auf die Haltungsformen Frischluftstall, Auslauf/Weide oder Bio im Sinne des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes dient. Ist diese Voraussetzung erfüllt, ist der umbauwillige Tierhalter durch das Bauplanungsrecht nicht daran gehindert, über die tierschutz- bzw. tierhaltungskennzeichnungsrechtlich vorgeschriebenen Bedingungen hinauszugehen. Derzeit enthält das Tierhaltungskennzeichnungsgesetz jedoch noch keine Zielvorgaben für das Halten von Sauen und Jungsauen.